



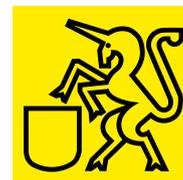
21. Sitzung des Gemeinderates *Doppelsitzung*

Datum, Zeit	Montag, 29. März 2021, 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Flavia Sutter (GP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	38 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Tanja Lips (SVP/EDU) Theo Zobrist (SP) André Csillaghy (ab Traktandum 4 anwesend)
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Andreas Sturzenegger: Mitte inkl. Bürotisch Bruno Eggenberger: Bereich SVP

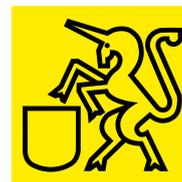


Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 20. Sitzung vom 1. Februar 2021
3. Ersatzwahlen
 - 3.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018-2022
GR Geschäft Nr. 110/2020
 - 3.2. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK für den Rest der Amtsdauer 2018-2022, GRPK-Austritt
Ariane Egli
GR Geschäft Nr. 21/2021
 - 3.3. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL für den Rest der Amtsdauer 2018-2022, KRL-Austritt
Sandro Bertoluzzo
GR Geschäft Nr. 22/2021
4. Bürgerrechtsgesuche
 - 4.1. Czinege Monika Theresia sowie das Kind Scheithauer Anika-Sophie , deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 85/2020
 - 4.2. Hyseni Merita, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 87/2020
 - 4.3. Sankowski Arne, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 88/2020
 - 4.4. Seth Staffan Erik Emanuel (schwedischer Staatsangehöriger) sowie das Kind Nils Carlo Emanuel (schwedischer und italienischer Staatsangehöriger), Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 95/2020
 - 4.5. Apaydin Hasan sowie das Kind Ariya, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 101/2020
 - 4.6. Chatterjee Chirasree sowie das Kind Dhar Arisha, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 102/2020
 - 4.7. Gashi Ergon, kosovarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 103/2020



- 4.8. Lohaj Halim und Lumturie sowie die Kinder Bora und Bledi, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 104/2020
- 4.9. Oppenhoff Thomas und Vanessa sowie das Kind Ben, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 105/2020
- 4.10. Sabani Shqipe und Bljerim sowie die Kinder Elion, Diolen und Jara, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 107/2020
- 4.11. Ciocan Dumitru sowie das Kind Ciocan Gregor Casimir, rumänische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 112/2020
- 4.12. Coffaro Reggimenti Maria Rosaria, italienische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäfts Nr. 113/2020
- 4.13. Novak Alexander und Elina sowie das Kind Maria, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 114/2020
- 4.14. Schönhut Arne und Tanja sowie die Kinder Clara, Fiona und Samuel, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 115/2020
- 4.15. Spott Alice sowie die Kinder Trettin Amy und Aaron, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 116/2020
- 4.16. Decking Klaus (deutscher Staatsangehöriger) und Richet Muriel (französische Staatsangehörige) sowie das Kind Decking Iris (deutsche Staatsangehörige), Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 1/2021
- 4.17. Geiger Thomas Peter und Elisabeth Adelheid sowie das Kind Christine Katharina, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 2/2021
- 4.18. Martic Mumba Ketila Nadine sowie die Kinder Mila und Luka, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 3/2021
- 4.19. Redzeqi Besnik sowie die Kinder Alon und Alman, nordmazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 4/2021



- 4.20. Llaury Isabelle Brigitte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 16/2021

5. Postulat Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) und 12 Mitunterzeichnende betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 135/2019

6. Postulat Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnende «Leistungsüberprüfung» / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 150/2019

7. Dringliche Interpellation Susanne Schweizer (SP) und 9 Mitunterzeichnende «Förderung und Erstellung von Photovoltaikanlagen» / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 106/2020

8. Interpellation Julian Croci (GP) und 6 Mitunterzeichnende bezüglich Auftragsvergaben an Firmen mit Beteiligung einer Stadträtin oder eines Stadtrates / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 100/2020

9. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2020/2021

1. Mitteilungen

Mitteilungen der Gemeinderatspräsidentin

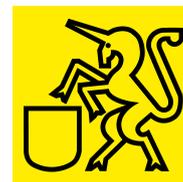
Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum – welches die Sitzung wieder per Livestream verfolgt – zur 21. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestellt. Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Ariane Egli (FDP) hat ihren Rücktritt aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) auf Ende März bekannt gegeben. Sandro Bertoluzzo (FDP) seinen Rücktritt aus der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL) auf Ende April eingereicht. Die Ersatzwahlen sind für diese Sitzung traktandiert.

Neu überwiesene Geschäfte

Seit der letzten Sitzung sind vom Stadtrat folgende neue Sachgeschäfte überwiesen worden:

- Zur Motion von Stefanie Huber (glp/GEU) «Verwendung ZKB-Sonderdividende für Klimaprojekte» hat der Stadtrat einen Kreditantrag für Klimaprojekte überwiesen. Dieses Geschäft wird jetzt von der GRPK zuhanden des Gemeinderates vorberaten.
- Zu dem am 28. Januar 2021 an den Gemeinderat überwiesene Geschäft «Zustimmung zur Revision des privaten Gestaltungsplans "Hochbord Kat-Nr. 17413"» hat der Stadtrat am 11. Februar 2021 Wiedererwägen beschlossen und dem Gemeinderat das Geschäft in leicht überarbeiteter Form erneut überwiesen. Das Geschäft wird jetzt von der KRL zuhanden des Gemeinderates vorberaten.



- Weiter hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Geschäftsbericht 2020 zur Genehmigung und die Jahresrechnung 2020 zur Verabschiedung überwiesen. Beide Geschäfte werden jetzt von der GRPK zuhanden des Gemeinderates vorberaten.
- Mit Beschluss vom 4. März 2021 hat der Stadtrat darüber informiert, dass der Verwaltungsrat der SFD AG mitgeteilt hat, dass aufgrund eines ausgeglichenen Jahresabschlusses 2020 auf die Beanspruchung einer Defizitgarantie verzichtet wird. Der Gemeinderat hatte an seiner Sitzung vom 2. November 2020 einer Defizitgarantie im Umfang von maximal Fr. 500'000 zugestimmt. Der Stadtrat hat in seinem Beschluss festgehalten, dass er aufgrund der Entwicklung des Geschäfts auf die Überweisung eines Antrags zur Feststellung der definitiven Höhe der Defizitgarantie verzichtet. Da erfreulicherweise keine Defizitgarantie notwendig ist und der Gemeinderat sich somit nicht noch einmal mit diesem zu beschäftigen hat, wird das Gemeinderatsgeschäft Nr. 38/2020 von der Geschäftsliste des Gemeinderates genommen. Auf die Frage der Gemeinderatspräsidentin hin werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen gemeldet.

Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politischen Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) betreffend Auswirkungen der Corona-Massnahmen auf die Sozialhilfe
- Schriftliche Anfrage von Stefanie Huber (glp/GEU) und 12 Mitunterzeichnende betreffend Corona-Anerkennung für Mitarbeitende
- Postulat Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen
- Postulat Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnenden betreffend "Leistungsüberprüfung"
- Interpellation Julian Croci (GP) und 6 Mitunterzeichnende bezüglich Auftragsvergaben an Firmen mit Beteiligung einer Stadträtin oder eines Stadtrates.

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt. Die beiden Postulate und die Interpellation sind für die heutige Sitzung traktandiert.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende politische Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage Paul Steiner (SVP/EDU) zur Abteilung Hochbau
- Schriftliche Anfrage Orlando Wyss (SVP/EDU) «Fonds für Parkplatzersatzabgaben in Dübendorf»

Die Beantwortung der schriftlichen Anfragen ist beim Stadtrat pendent.

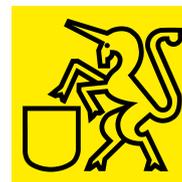
Fraktionserklärungen

Fraktionserklärung BDP/CVP/EVP, Tanja Boesch

„Rekordhohe Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe und eingetrübte Beschäftigungsaussichten so der Titel einer Meldung vom Kanton Zürich. Im Januar nahm die Arbeitslosigkeit erneut zu, das Gastgewerbe verzeichnete den stärksten Anstieg von 0,1 auf 3,6 Prozent. Die Wirtschaftslage im Kanton Zürich hat sich weiter verschlechtert und die Unternehmen rechnen mit einem weiteren Stellenabbau.

Im März gab es folgende Meldung: Die Zürcher Wirtschaft erlitt als Folge der Pandemie den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit Jahrzenten. Im Gastgewerbe gingen ca. 3400 Stellen verloren. Der Anstieg von Stellen in Bildung, IT und Elektroindustrie kommt diesen Arbeitslosen allerdings nicht entgegen.

Im November ist in der NZZ zu lesen, dass die Zahl der Konkurse im Oktober 2020 den normalen Bereich überschritten hat. Es sollen im Kanton Zürich im Notariatsbereich zusätzliche 1000 % Stellen



geschaffen werden. Betreibungen werden voraussichtlich nach der Öffnung markant zunehmen, vor allem bei jungen Erwachsenen.

Die Antwort des Stadtrates auf die schriftliche Anfrage betreffend Corona-Auswirkungen auf die Sozialhilfe beantwortet Fragen, die auch für uns logisch sind. Man könnte sich aber jetzt schon Gedanken über Schuldenberatungen machen und wie von der SKOS vorgeschlagen (logischerweise innerhalb der gesetzlichen Vorgaben) eine schnelle Bearbeitung der Gesuche gewährleisten. Die Entwicklung nur zu beobachten und nicht jetzt schon bei einem Anstieg einen Plan B zu haben, erscheint uns zu kurzfristig. Für die Mitarbeitenden im Sozialamt und die Betroffenen.“

Persönliche Erklärungen

Keine

2. Protokollgenehmigung der 20. Sitzung vom 1. Februar 2021

Zum Protokoll der 20. Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2021 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Ersatzwahlen

3.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 GR Geschäft Nr. 110/2020

Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Für die Ersatzwahl in die Sozialbehörde schlägt Ihnen die IFK Daniel Brühwiler, ehemaliger Gemeinderat, vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Daniel Brühwiler wird mit 36 zu 0 Stimmen als Mitglied der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

3.2. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK für den Rest der Amtsdauer 2018-2022, GRPK- Austritt Ariane Egli GR Geschäft Nr. 21/2021

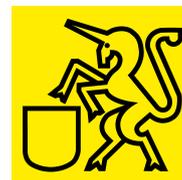
Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Für die Ersatzwahl in die GRPK schlägt Ihnen die IFK Stefan Angliker (FDP) vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Stefan Angliker (FDP) wird mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglied der GRPK für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.



3.3. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL für den Rest der Amtsdauer 2018-2022, KRL-Austritt Sandro Bertoluzzo GR Geschäft Nr. 22/2021

Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Für die Ersatzwahl in die KRL schlägt Ihnen die IFK Andreas Sturzenegger (FDP) vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Andreas Sturzenegger (FDP) wird mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglied der KRL für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

Die Gemeinderatspräsidentin wünscht allen drei neugewählten Mitgliedern viel Begeisterung für ihr neues Amt und eine interessante Behörden- bzw. Kommissionstätigkeit.

4. Bürgerrechtsgesuche

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

4.1. Czinege Monika Theresia sowie das Kind Scheithauer Anika-Sophie , deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 85/2020

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

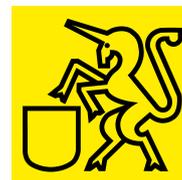
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Czinege
Vorname	Monika Theresia
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie das Kind

Name	Scheithauer
Vorname	Anika-Sophie
Geburtsjahr	2020
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



4.2. Hyseni Merita, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 87/2020

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 9 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Hyseni
Vorname	Merita
Geburtsjahr	1974
Staatsangehörigkeit	Kosovo

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

4.3. Sankowski Arne, deutscher Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 88/2020

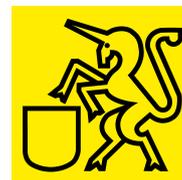
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Sankowski
Vorname	Arne
Geburtsjahr	1976
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**4.4. Seth Staffan Erik Emanuel (schwedischer Staatsangehöriger) sowie das Kind Nils Carlo Emanuel (schwedischer und italienischer Staatsangehöriger), Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 95/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Seth
Vorname	Staffan Erik Emanuel
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Schweden

sowie das Kind:

Name	Seth
Vornamen	Nils Carlo Emanuel
Geburtsjahr	2019
Staatsangehörigkeit	Schweden und Italien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.5. Apaydin Hasan sowie das Kind Ariya, türkische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 101/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

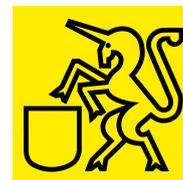
Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Apaydin
Vorname	Hasan
Geburtsjahr	1988
Staatsangehörigkeit	Türkei

Sowie das Kind:

Name	Apaydin
Vornamen	Ariya
Geburtsjahr	2019
Staatsangehörigkeit	Türkei



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.6. Chatterjee Chirasree sowie das Kind Dhar Arisha, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 102/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 9 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Chatterjee
Vorname	Chirasree
Geburtsjahr	1984
Staatsangehörigkeit	Indien

sowie das Kind

Name	Dhar
Vorname	Arisha
Geburtsjahr	2014
Staatsangehörigkeit	Indien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

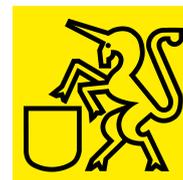
**4.7. Gashi Ergon, kosovarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 103/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Gashi
Vorname	Ergon
Geburtsjahr	1994
Staatsangehörigkeit	Kosovo



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.8. Lohaj Halim und Lumturie sowie die Kinder Bora und Bledi, kosovarische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 104/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 9 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Lohaj
Vorname	Halim
Geburtsjahr	1978
Staatsangehörigkeit	Kosovo

und

Name	Lohaj
Vorname	Lumturie
Geburtsjahr	1984
Staatsangehörigkeit	Kosovo

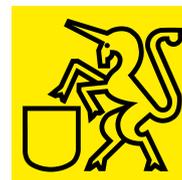
sowie die Kinder

Name	Lohaj
Vorname	Bora
Geburtsjahr	2010
Staatsangehörigkeit	Kosovo

und

Name	Lohaj
Vorname	Bledi
Geburtsjahr	2012
Staatsangehörigkeit	Kosovo

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**4.9. Oppenhoff Thomas und Vanessa sowie das Kind Ben, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 105/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 2'900.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Oppenhoff
Vorname	Thomas
Geburtsjahr	1979
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	Oppenhoff
Vorname	Vanessa
Geburtsjahr	1981
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie das Kind

Name	Oppenhoff
Vorname	Ben
Geburtsjahr	2011
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

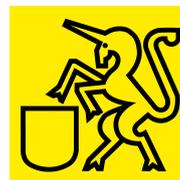
**4.10. Sabani Shqipe und Bljerim sowie die Kinder Elion, Diolen und Jara, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 107/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 9 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 2'900.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Šabani
Vorname	Shqipe



Geburtsjahr 1982
Staatsangehörigkeit Serbien

und

Name Šabani
Vorname Bljerim
Geburtsjahr 1978
Staatsangehörigkeit Serbien

sowie die Kinder

Name Šabani
Vorname Elion
Geburtsjahr 2005
Staatsangehörigkeit Serbien

und

Name Šabani
Vorname Diolen
Geburtsjahr 2012
Staatsangehörigkeit Serbien

und

Name Šabani
Vorname Jara
Geburtsjahr 2017
Staatsangehörigkeit Serbien

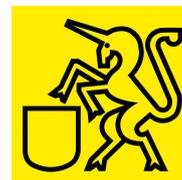
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.11. Ciocan Dumitru sowie das Kind Ciocan Gregor Casimir, rumänische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 112/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 9 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:



Name Ciocan
Vorname Dumitru
Geburtsjahr 1986
Staatsangehörigkeit Rumänien

sowie das Kind

Name Ciocan
Vorname Gregor Casimir
Geburtsjahr 2019
Staatsangehörigkeit Rumänien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.12. Coffaro Reggimenti Maria Rosaria, italienische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäfts Nr. 113/2020**

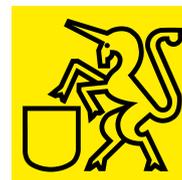
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Coffaro Reggimenti
Vorname Maria Rosaria
Geburtsjahr 1972
Staatsangehörigkeit Italien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**4.13. Novak Alexander und Elina sowie das Kind Maria, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 114/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 2'900.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Novak
Vorname	Alexander
Geburtsjahr	1983
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	Novak
Vorname	Elina
Geburtsjahr	1987
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie das Kind

Name	Novak
Vorname	Maria Letizia
Geburtsjahr	2015
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.14. Schönhut Arne und Tanja sowie die Kinder Clara, Fiona und Samuel, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 115/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Schönhut
Vorname	Arne
Geburtsjahr	1982



Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Schönhut
Vorname Tanja
Geburtsjahr 1986
Staatsangehörigkeit Deutschland

sowie die Kinder

Name Schönhut
Vorname Clara
Geburtsjahr 2015
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Schönhut
Vorname Fiona
Geburtsjahr 2017
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Schönhut
Vorname Samuel
Geburtsjahr 2018
Staatsangehörigkeit Deutschland

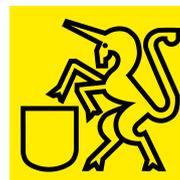
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.15. Spott Alice sowie die Kinder Trettin Amy und Aaron, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 116/2020**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:



Name Spott
Vorname Alice
Geburtsjahr 1986
Staatsangehörigkeit Deutschland

sowie die Kinder

Name Trettin
Vorname Amy
Geburtsjahr 2017
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Trettin
Vorname Aaron
Geburtsjahr 2020
Staatsangehörigkeit Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.16. Decking Klaus (deutscher Staatsangehöriger) und Richet Muriel (französische Staatsangehörige) sowie das Kind Decking Iris (deutsche Staatsangehörige), Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 1/2021**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

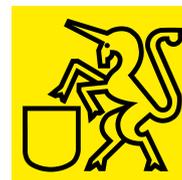
Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Decking
Vorname Klaus Wolfgang Beatus
Geburtsjahr 1966
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Richet
Vorname Muriel Suzanne
Geburtsjahr 1967
Staatsangehörigkeit Frankreich



sowie das Kind

Name	Decking
Vorname	Iris Georgia Winnie
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

4.17. Geiger Thomas Peter und Elisabeth Adelheid sowie das Kind Christine Katharina, deutsche Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 2/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Geiger
Vorname	Thomas Peter
Geburtsjahr	1969
Staatsangehörigkeit	Deutschland

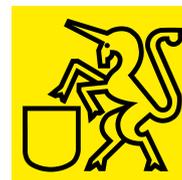
und

Name	Geiger
Vorname	Elisabeth Adelheid
Geburtsjahr	1968
Staatsangehörigkeit	Deutschland

sowie das Kind:

Name	Geiger
Vorname	Christine Katharina
Geburtsjahr	2002
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**4.18. Martic Mumba Ketila Nadine sowie die Kinder Mila und Luka, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 3/2021**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Martic
Vorname	Mumba Ketila Nadine
Geburtsjahr	1975
Staatsangehörigkeit	Frankreich

sowie die Kinder

Name	Martic
Vorname	Mila
Geburtsjahr	2006
Staatsangehörigkeit	Frankreich

und

Name	Martic
Vorname	Luka
Geburtsjahr	2007
Staatsangehörigkeit	Frankreich

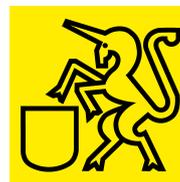
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**4.19. Redzepe Besnik sowie die Kinder Alon und Alman, nordmazedonische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 4/2021**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:



Name Redzepi
Vorname Besnik
Geburtsjahr 1982
Staatsangehörigkeit Nordmazedonien

sowie die Kinder

Name Redzepi
Vorname Alon
Geburtsjahr 2006
Staatsangehörigkeit Nordmazedonien

und

Name Redzepi
Vorname Alman
Geburtsjahr 2011
Staatsangehörigkeit Nordmazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

4.20. Llaury Isabelle Brigitte, französische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 16/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

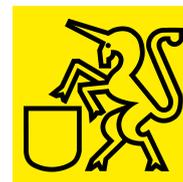
Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Llaury
Vorname Isabelle Brigitte
Geburtsjahr 1966
Staatsangehörigkeit Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) gratuliert allen Gesuchstellenden zur Einbürgerung und wünscht ihnen viel Freude an den neuen Rechten und Pflichten als Schweizerinnen und Schweizer.



5. Postulat Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) und 12 Mitunterzeichnende betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen / Beantwortung GR Geschäft Nr. 135/2019

Stellungnahme Postulantin Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP)

„Was in anderen Gemeinden schon lange Usus ist, wird in Dübendorf wieder mal zum Hürdenlauf. Und die Antwort des Stadtrates trägt nicht dazu bei, auf eine baldige Lösung zu hoffen. Denn diese «Platitüden», entschuldigen Sie - es gibt keinen anderen Ausdruck dafür - hören wir seit 2016: ...eine Massnahme, die zum Legislaturziel gehört – und die Legislaturperiode ist nächstes Jahr zu Ende, begonnen hat sie vor fast vier Jahren – und die Suche nach einem geeigneten Standort (für alles andere finden sich immer Räumlichkeiten), ist für die Stadt Dübendorf nicht zuletzt aufgrund ihrer Grösse prüfenswert ... wie bitte? nach so langer Zeit sind das einfach faule Ausreden. Nochmals zur Rekapitulation: eine Beratungs-, Informationsstelle ist von Gesetzes wegen im Pflegefinanzierungsgesetz Art. 7 vorgeschrieben. Das ist kein Wunschkonzert und gehört deshalb auch nicht in die Leistungsüberprüfung. Und der Satz ... könnte künftig durchaus zu einer wichtigen Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens der Stadt Dübendorf beitragen, ist einfach nur «beunruhigend», das ist kein kulturelles Angebot!

Wäre die Beantwortung dieses Postulats, das zusätzlich noch «verschlampt» wurde, eine Abschlussarbeit, wäre die Bewertung wohl «Aufgaben nicht verstanden und nicht erfüllt».

Bei der Beratungsstelle geht es nicht um ein «niederschwelliges Angebot zu Pflegefragen». Es geht darum, allen Seniorinnen und Senioren (wir haben nicht nur welche im Alterszentrum) eine Anlaufstelle zu bieten, die sie in verschiedenen Lebensfragen beraten kann. Es leben doch immer hin ca. 17 % Seniorinnen und Senioren über 65 Jahr in Dübendorf, Tendenz steigend. Zu der Beratungsstelle gehören z.B.:

- Verzeichnis der Dienstleistungen und Angebote
- Informationen über stationäre und ambulante Einrichtungen sowie die Pflegefinanzierung

Beratung und Prävention

- Sozialberatung
- Casemanagement (Koordination von Hilfsangeboten für Einzelpersonen)
- Gesundheitsförderung

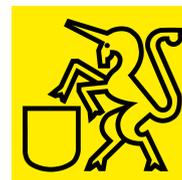
Haben Sie schon einmal ein Formular für die Ergänzungsleistung ausgefüllt? Nein: 13 Seiten. Nicht nur für viele betagte Menschen ist das eine riesige Hürde.

Ich hatte Kontakt zu verschiedenen Beratungsstellen in anderen Gemeinden und Organisationen. Die Anlaufstellen tragen auch dazu bei, dass die Menschen länger und gut versorgt zu Hause bleiben können. Was wiederum dazu beiträgt, dass die Pflegefinanzierungskosten der Gemeinden sinken. Ich kann dem Stadtrat vollständige Stellenbeschreibungen liefern oder Ihnen gleich hier das Angebot der Pro Senectute präsentieren.

Mit der Pro Senectute kann eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Der Umfang dieser Leistungsvereinbarungen können über eine soziale Beratung bis zur Altersbeauftragten mit Projektarbeit gehen, eine Kombination ist ebenfalls möglich.

Umfasst eine Leistungsvereinbarung eine soziale Altersberatung kostet diese pro Jahr Fr. 107'000.— plus MwSt. Inbegriffen ist die Organisation einer Vertretung bei Krankheit, Weiterbildung und Rekrutierung der Person. Diese Person hat das Know-how der Pro Senectute im Rücken. Sogar die Miete ist inbegriffen. Und wenn die Stadt es fertigbringt, der Person noch ein Büro zur Verfügung zu stellen, gibt es noch einen Rabatt. Also meine Damen und Herren, wo liegt das Problem?

Millionenprojekte werden im Schnellzugtempo durch den Gemeinderat gepeitscht. Ich erinnere an die Spitalfusion, mehr sage ich nicht dazu. Eine Stelle zu schaffen, dauert Jahre.



Es ist nicht nachvollziehbar, wie der Stadtrat dieses Thema nun schon über Jahre hinter sich herzieht und unsere Seniorinnen und Senioren offensichtlich nicht ernst nimmt. Suchen Sie auf der Homepage der Stadt Dübendorf mal den Begriff Pflegefinanzierung. Ja, Sie ahnen es, die Suche ergibt einfach nichts.

Nach Rücksprache mit dem Bezirksrat hätten wir eine Aufsichtsbeschwerde einreichen können. Wir erachten dieses Vorgehen aber nicht als zielführend und werden deshalb eine Motion einreichen. Ich danke schon jetzt allen Kolleginnen und Kollegen, die die Motion nach Sitzungsschluss unterzeichnen.“

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Man kann die Sache tatsächlich so sehen, wie es die Postulantin ausgeführt hat, auch wenn ein wenig übertrieben wurde. Ich glaube, Personen, welche schon Fragen gehabt haben betreffend der genannten Punkte, erhalten bei uns im Stadthaus eine fachliche Beratung. Wie eine solche Stelle umgesetzt werden muss, steht leider nicht im Gesetz. Das ist Sache der Gemeinde. Es steht nicht, dass eine Einzelperson für Beratungen haben muss. Wie wir es bereits in der Postulatsbeantwortung dargelegt haben, wollte der Gemeinderat gemeinsam mit uns eine Leistungsüberprüfung. Im Rahmen dieser Leistungsüberprüfung werden wir prüfen, ob es eine Auslagerung, eine Inhousevariante oder eine Einzelperson ist. Dem greifen wir aber nicht vor, da wir den Auftrag des Parlaments bereits am Umsetzen sind. Zudem möchten wir das Postulat aufrechterhalten, damit genau die Fragen betreffend der Umsetzung geklärt werden können.“

Diskussion

Alexandra Freuler (SP)

„Mit Bedauern oder eher Entsetzen habe ich die Antwort des Stadtrates gelesen. Seit mindestens 2015 ist das Thema betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen ein Thema in unserer Gemeinde und was passiert? Wenn wir ehrlich sind, nicht sehr viel. Umgesetzt wurde genau das, was im Gesetz vorgeschrieben ist, sprich Paragraph 7 des Pflegegesetzes das seit 2011 in Kraft ist.

Betreffend Pflegefragen sind wir gut aufgestellt in Dübendorf. Zu den restlichen Bereichen beim Thema Alter, gibt es aber immer noch nichts. Es gibt immer Gründe wieso etwas nicht in Angriff genommen werden kann, nur, wenn wir die Antworten lesen, muss ich sagen, ich schäme mich ein wenig dafür. Der Standort sei eine grosse Herausforderung steht da geschrieben. Ist es wirklich so schwer ein Raum in Dübendorf zu finden, ich denke eher nicht. Auch die restlichen Antworten, wieso wir sechs Jahre später also 2021 immer noch keine Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen haben, ist eher dürftig.

Ich finde es ist nun allerhöchste Zeit, dass wir auch für ältere Menschen endlich eine Anlaufstelle haben. Seit über einem Jahr sind wir mit Covid 19 konfrontiert. Besonders für ältere Menschen, die zuhause bleiben sollten, war das vergangene wie auch das jetzige Jahr eine grosse Herausforderung. Wer kauft ein, geht mit dem Hund spazieren, macht Zahlungen etc. sind nur einige Beispiele. Zum Glück gibt es in Dübendorf ganz viele Menschen die in freiwilliger Arbeit sich diesem Thema annahmen und in allen Quartieren gab und gibt es Ansprechpersonen, die einem weiterhelfen, wenn man dann weiss wer dies ist. Auch heute sind noch nicht alle Personen mit dem Internet vertraut.

Ich nehme nun den Stadtrat beim Wort und bin gespannt, was die eingeleitete Leistungsüberprüfung bringt und freue mich auf einen entsprechenden Vorschlag noch in diesem Jahr. Doch halt Leistungsüberprüfung, war da nicht was. Genau, beim nächsten Traktandum Postulat von Patrick Walder «Leistungsüberprüfung» kann ich in der Antwort nichts über eine Überprüfung für eine Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen lesen.“

Julian Croci (GP)



„Die Grüne Fraktion begrüsst es sehr, dass Tanja Boesch das wichtige Anliegen einer Koordinations- und Beratungsstelle für Altersfragen eingebracht hat. In ihrem Postulat spricht sie im Zusammenhang mit dem Pflegegesetz auch die Themen chronische Krankheiten und Behinderungen an.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, aber eben nicht nur im Hinblick auf das Pflegegesetz: Bedürfnisse und Hindernisse von Senior*innen und Menschen mit Behinderungen überschneiden sich in den meisten Bereichen. Viele Senior*innen leben mit einer altersbedingten Behinderung, weshalb die Themen sich eigentlich nicht wirklich trennen lassen. Wir meinen daher, dass der Stadtrat das Postulat entsprechend offener als Koordinations- und Beratungsstelle für Alter und Behinderung fassen sollte.

Zudem finden wir, dass die Bedürfnisse dieser Zielgruppe nicht auf den institutionellen Rahmen reduziert werden sollten. Fahrdienste sind beispielsweise eine gute Sache. Noch besser ist es aber, wenn die Betroffenen sich dank einem barrierefreien Busnetz so lange wie möglich selbständig durch die Stadt bewegen können. Der Gang zur Bushaltestelle, das Lesen des Fahrplans, Ticketkauf am Automaten oder beim Busfahrer – das alles sind Aktivitäten, die die Betroffenen körperlich und geistig fit halten und ihnen grösstmögliche Selbstbestimmung garantieren. Gemäss Behindertengesetz, welches übrigens auch nicht zwischen Senior*innen und Menschen mit Behinderungen unterscheidet, verlangt eigentlich, dass der ÖV bis Ende 2023 barrierefrei sein muss. Diese Frist werden auch wir in Dübendorf vermutlich verpassen.

In diesem und ähnlichen Themenfeldern könnte eine Koordinationsstelle, eventuell unterstützt durch eine Arbeitsgruppe aus der Bevölkerung, ein wertvolles Instrument sein, um die Stadt auch im nicht institutionellen Rahmen senioren- und behindertenfreundlicher zu gestalten.“

Abstimmung

Das Postulat betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen wird mit 37 zu 0 Stimmen aufrechterhalten. Es bleibt somit auf der Geschäftsliste.

6. Postulat Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnende «Leistungsüberprüfung» / Beantwortung GR Geschäft Nr. 150/2019

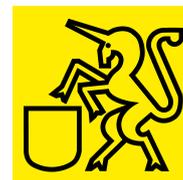
Stellungnahme Postulant Patrick Walder (SVP/EDU)

„Im Namen der Postulanten bedanke ich mich beim Stadtrat für den Zwischenbericht betreffend Leistungsüberprüfung.

Die Postulanten unterstützen den eingeschlagenen Weg des Stadtrats. Ebenfalls begrüssen wir es, dass auch das Alterszentrum und die Primarschule in die Überprüfung einbezogen werden.

Die Beurteilung, ob eine externe Projektleitung wirklich notwendig gewesen ist, müssen wir dem Stadtrat überlassen. Sollte jedoch effektiv der Wille einer Leistungsüberprüfung da sein, wie es auch aus dem Zwischenbericht des Stadtrats hervorgeht, wird sich dieser Betrag schon kurzfristig rechnen. Die Leistungsüberprüfung kann für die Stadt Dübendorf als grosse Chance betrachtet werden. Eine solche Überprüfung ist immer auch die Möglichkeit eine allfällig vorhandene Betriebsblindheit aufzudecken, Abläufe zu optimieren und die Digitalisierung als Chance und Kosteneinsparnis zu entdecken. Wie der Stadtrat schreibt, könnten erste Resultate bereits ins Budget 2022 einfliessen, was wir natürlich sehr begrüssen würden.

Nun aber noch zu einem weiteren sehr wichtigen Punkt hinsichtlich der Leistungsüberprüfung. Es kann natürlich nicht sein, dass der Gemeinderat dem Stadtrat diesen Auftrag übergibt, gleichzeitig aber teure und unzählige weitere Bestellungen von Leistungen aufgibt. So ist und wird es für den Stadtrat zu einer sprichwörtlichen Sisyphusarbeit. Sollte es dem Gemeinderat mit der Leistungsüberprüfung wirklich ernst sein, und sollte er, wie ich es hoffe, heute für die Aufrechterhaltung stimmen, ist auch der Gemeinderat gefordert während dieses Prozesses eine gewisse Zurückhaltung beim Einreichen von Vorstössen mit Forderungen zu zeigen. In diesem Zusammenhang fordere ich Sie auch auf,



sollte dann ein Vorstoss aus Ihrer Sicht unbedingt nötig sein, immer auch die Fragen nach den Kosten (einmalig und wiederkehrend) in Ihrem Vorstoss zu integrieren. Die Postulanten unterstützen den Antrag des Stadtrats und werden für die Aufrechterhaltung stimmen.“

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ich danke dem Postulanten, dass er den stadträtlichen Weg als den Richtigen ansieht. Ich möchte vor zu grossen Erwartungen und Hoffnungen warnen. Es ist so, dass das Parlament zwischen Januar und November Bestellungen einreicht und im Dezember meint, es darf nichts kosten. In diesem Sinne sind wir alle gemeinsam aufgefordert, diesen Weg zu gehen. Das kann der Stadtrat nicht alleine. Wir sind auf die Unterstützung des Parlaments angewiesen. Ich denke eine externe Unterstützung ist nur schon nötig, damit die Betriebsblindheit keine Chance hat. Was politisch aus solch einer Empfehlung gemacht wird, ist Entscheidung vom Gemeinde- und Stadtrat. Externe bringen uns zusätzliche Blickwinkel ein. Ich hoffe mit dem Budget 2022 erste Zwischenresultate zeigen zu können.“

Diskussion

Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Die Fraktion BDP/CVP/EVP unterstützt den Antrag des Stadtrates zur Aufrechterhaltung des Postulates. Schliesslich handelt es sich dabei um eines seiner Legislaturziele.

Wir möchten aber darauf hinweisen, dass eine Leistungsüberprüfung für uns nicht einfach mit einer Sparübung gleichzusetzen ist. Vielmehr geht es bei einer Leistungsüberprüfung darum, welche Leistungen sollen erbracht werden? Das kann sowohl Streichungen wie auch Ergänzungen geben. Was dürfen diese kosten? Wie können sie effizient erbracht werden? Was für Qualifikationen sind nötig und wieviel Arbeitszeit muss dafür eingerechnet werden? Sprich Auswirkungen auf den Stellenplan. Welche Prozesse braucht es? Können bestehende Prozesse optimiert werden? Wie erfolgt die Qualitätssicherung für die Leistungen? Ich möchte noch etwas Persönliches anhängen betreffend Betriebsblindheit. Ich sehe dort einen gewissen Schwachpunkt im vorliegenden Antrag. Das offenbar die Zusammenarbeit unter den Abteilungen, mit den politischen Gremien und mit externen Stakeholdern ausschliesslich aus Sicht der höheren Verwaltungskader betrachtet werden soll. Dies ist aus meiner Sicht ein eher unübliches Vorgehen, normalerweise werden auch andere Stakeholder in Befragungen einbezogen. Dies können auch gewöhnliche Mitarbeiter oder externe Stakeholder sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass nicht von Leistungsüberprüfung und Sparen die Rede sein kann, wenn gesetzlich vorgegebene Aufträge einfach rausgestrichen werden.“

André Csillaghy (SP)

„Das Postulat von der SVP basiert vermeintlich auf einer guten Absicht. Wer möchte nicht, dass die Stadtverwaltung effizient arbeitet? Jedoch ist dieses Postulat nicht der Aufrechterhaltung wert. Ich möchte 3 Gründe erwähnen.

Zuerst basiert dieses Postulat auf einer falschen Ausgangslage. Die Postulanten werfen dem Stadtrat zu wenig Kostenbewusstsein vor. Diese Aussage ist falsch. Im Gegenteil, der Stadtrat sollte eher seine Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung in vielen Bereichen noch mehr wahrnehmen.

Zweitens ist das Postulat ein Paradox in sich selbst. Der Stadtrat erwähnt in seiner Beantwortung, dass er schon 2019 eine interne Leistungsüberprüfung eingeleitet hat. Die weiteren Schritte sind mit einer externen Fachstelle geplant. Wird diese Überprüfung mit dem Postulat wirklich bestärkt, wie in der Beantwortung zu lesen ist? Wir denken, man sollte eher von einer «Nachdoppelung» sprechen. Wozu ist das Postulat noch nützlich? Es setzt nur die Stadtverwaltung unter Druck, und verlangt quasi eine Überprüfung der Überprüfung. Das ist nicht im Sinne einer guten Leistung.

Das könnte man als anekdotisch bezeichnen. Das eigentliche Problem ist der dritte Punkt. Dieses Postulat verlangt nicht, dass die Stadtverwaltung ihre Leistung optimiert, was eigentlich bei einer Leistungsüberprüfung zu erwarten wäre. Viel mehr verlangt es einen Abbau von Leistungen. «Nach-



haltige Aufwandsenkung» ist synonym mit Sparen, nicht mit Leistungsoptimierung. Ein Blick in die Budgetdebatte 2021 bestätigt diese Befürchtung: Aus den gleichen Kreisen werden weniger IT, weniger Dienstleistungen Dritter, weniger Gesundheitsmanagement, weniger Recycling verlangt. Sogar ein neuer Traktor wurde in Frage gestellt! Das ist, nebenbei erwähnt, eine Geringschätzung für eine Abteilung, die so viel zur Lebensqualität in der Stadt beiträgt.

Diese Stadt boomt. Es kommen in den neu eingezonten, verdichteten Quartiere neue Personen hinzu. Das Spektrum der Bevölkerung wird breiter. Es werden wahrscheinlich mehr Steuern in den nächsten Jahren eingenommen. Für das Leben in Dübendorf kann und wird auch etwas zurückerwartet. Dübendorf wird, ob man es will oder nicht, städtischer. Leute, die in einer Stadt leben, sind bereit, für eine gute städtische Infrastruktur zu zahlen, weil diese für sie auch Lebensqualität bringt. In so einem Boom, wie wir ihn heute hier erleben, an Leistungsabbau zu denken, ist eine kurzfristige Denkweise, die uns nur daran hindert, mittel- und langfristige Verbesserungen der städtischen Lebensbedingungen zu erreichen.

Unsere Empfehlung ist deshalb: Lassen Sie sich nicht von den vermeintlich guten Absichten dieses Postulats verführen. Vermeiden Sie Doppelspurigkeiten, trauen Sie der Stadtverwaltung, aber versperren Sie ihr nicht die Sicht auf das Entwicklungspotential, welche die boomende Stadt nötig hat, und schreiben Sie dieses Postulat ab.“

Thomas Maier (glp/GEU)

„Auch wir begrüssen das vom Stadtrat in der Antwort skizzierte Vorgehen. Es ist auch für eine Stadt essentiell in regelmässigen Abständen ihre Kostenstruktur sowie ihre Leistungen kritisch sowie auf Aktualität und echte Bedürfnisse zu überprüfen – so wie das in der Privatwirtschaft ebenfalls üblich und vor allem notwendig ist.

Wir müssen uns einfach alle zusammen bewusst sein, dass wir bei der öffentlichen Hand sehr viele nicht beeinflussbare externe Faktoren und sehr viele unterschiedliche Stakeholder haben. Das Ziel, wie es der SR formuliert, ist absolut richtig.

Wir im Parlament müssen hier aber sachlich und lösungsorientiert mithelfen. Dazu ein paar kleine Anmerkungen:

Wir neigen dazu, immer im Dezember bei der Budgetdebatte oder wenn solche Vorstösse dazu Anlass bieten, lauthals Kostensenkungen und andere Sparmassnahmen zu fordern. Ein Stück weit gehört das zum Spiel dazu. Wollen wir aber wirklich Wirkung erzielen, dann müssen alle, Verwaltung, Stadtrat und Parlament, konstruktiv mitdenken und mitarbeiten.

Zum konstruktiven Teil gehört auch, uns bewusst zu sein, dass wir in einer Stadt leben, die immer noch Jahr für Jahr massiv mehr Einwohnerinnen und Einwohner erhält. Das gibt zwar mehr Steuereinnahmen, kostet aber per se schon, da mehr Einwohnerinnen auch Leistungen beziehen. In vielen Bereichen geht das trotz Effizienzsteigerungen ohne Einbussen, an anderen Stellen nur mit mehr Personal.

Selbstverständlich müssen wir immer schauen – was ja jetzt auch das Ziel ist – wo können wir effizienter werden. Es ist aber auch so, dass wir alle zusammen vielleicht bereit sein müssen, "alte" nicht mehr dringend benötigte Leistungen einfach ganz zu streichen und darauf zu verzichten. Dies braucht oft viel Mut – schafft aber im Gegenzug finanziellen Spielraum für dringende, neue Begehrlichkeiten und Wünsche an unsere Stadt (Alters- und Familienpolitik als Beispiele) müssen wir uns im Parlament selber an der Nase nehmen. Denn zwischen solchen Debatten sind wir Weltmeister darin, von der Stadt neue Leistungen zu bestellen und am Laufmeter Vorstösse einzureichen, die alle wieder von Mitarbeitenden der Stadt bearbeitet werden müssen, deren Stellenprozente wir ja eigentlich gar nicht bewilligen wollen. Und zu guter Letzt: an den wirklich grossen Brocken, Schule und Soziales, können wir auf Gemeindeebene fast nichts bewirken. Und da müssen wir aufpassen, dass wir nicht bei der Kernverwaltung dann Leistungen nicht erbringen können, die unser Dübendorf eben lebenswert machen. Würde uns die Einführung einer Schuldenbremse in diesem Thema sehr helfen.

Fazit für uns: wir unterstützen den Stadtrat in seinem Vorgehen und hoffen, wir finden doch einiges Potential, inklusive den nötigen politischen Mehrheiten, was wir in Zukunft als Stadt Dübendorf viel-



leicht nicht mehr leisten müssen oder effizienter erbringen können. Dies würde dann etwas Spielraum geben für all die Wünsche, die in den nächsten Wochen im Hinblick auf die Wahlen in einem Jahr hier drin sicher von allen Seiten ausgiebig eingebracht werden.“

Abstimmung

Das Postulat betreffend "Leistungsüberprüfung" wird mit 30 zu 7 Stimmen aufrechterhalten. Es bleibt somit auf der Geschäftsliste.

7. Dringliche Interpellation Susanne Schweizer (SP) und 9 Mitunterzeichnende «Förderung und Erstellung von Photovoltaikanlagen» / Beantwortung GR Geschäft Nr. 106/2020

Stellungnahme Interpellantin Susanne Schweizer (SP)

„Für die Beantwortung der dringlichen Interpellation Förderung und Erstellung von Photovoltaikanlagen danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung. Aus unserer Sicht ist die Antwort des Stadtrates nicht zufriedenstellend. Sie ist aber insofern sehr aufschlussreich, weil sie schonungslos und offen aufzeigt, wie wenig der Stadtrat in dieser Hinsicht bisher umgesetzt hat und dies trotz des Postulates Kunz von 2013 und der kommunalen Energieplanung 2017. Die Antworten des Stadtrates auf die einzelnen Fragen sind aus folgenden Gründen unbefriedigend:

Frage 1

Mit der ersten Frage wollten wir vom Stadtrat wissen, ob er das in seiner Kompetenz liegende unternimmt, damit bis 2030 das maximale Potential an Solarstrom mittels Zubau von Photovoltaikanlagen ausgeschöpft werden kann.

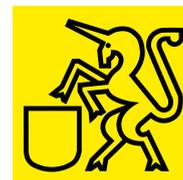
Weder macht der Stadtrat in seiner Antwort Aussagen zu einem Zwischenziel 2030 noch zu einem konkreten Zeitplan. Anstelle einer konkreten Antwort für eine tatsächliche Umsetzung begnügt er sich mit einem generellen Verweis, die Photovoltaik im Massnahmenplan Klima (d.h. in einem weiteren Bericht) zu behandeln, dies aber mit einem Zeithorizont 2050, obwohl in der kommunalen Energieplanung 2017 von einem Zeithorizont 2035 die Rede ist! Die Erreichung der Zielvorgaben, welche in der kommunalen Energieplanung 2017 gefordert wurden, werden entweder nicht kommuniziert oder sind immer noch nicht definiert.

Ein solches Vorgehen ist nicht zielführend, da gemäss eigenen Angaben des Stadtrates bereits seit 2013, also seit acht Jahren, ein Dauerauftrag zur Prüfung vom Zubau von Photovoltaikanlagen besteht und seit 2019 (aus diesem Dauerauftrag hervorgehend) ein Bericht vorliegt, demgemäss 14 der 50 Liegenschaften im Immobilienportfolio der Stadt Dübendorf rentabel aufgerüstet werden könnten.

Frage 2

Mit der zweiten Frage betreffend Vorlage eines Rahmenkredits innerhalb eines Jahres wollten wir vom Stadtrat erfahren, ob er die für eine zeitnahe Umsetzung betr. Zubau von Photovoltaikanlagen nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würde.

Der Stadtrat nimmt in seiner Antwort keinen Bezug auf die Frage des Rahmenkredits. Jedoch werden für die Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht 2019, demgemäss 14 der 50 Dächer rentabel aufgerüstet werden könnten, finanzielle Mittel benötigt. Erste Massnahmen sind in diesem Bericht definiert (vgl. Beschluss zur ZKB-Sonderdividende) und müssten jetzt auch umgesetzt werden. In der Antwort des Stadtrates fehlt jedoch jeglicher Hinweis für eine diesbezügliche Planung oder Umsetzung. Zwar enthält der Beschluss des Stadtrates vom 11. Februar 2021 betr. die Verwendung der ZKB-Sonderdividende für Klimaprojekte (Postulat Stefanie Huber) gewisse Zusatzinformationen. Aber es ist immer noch nicht klar, in welchem Zeitrahmen die 14 Dächer mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden sollen.



Wir müssen also zur Kenntnis nehmen: Der Stadtrat ist mit seinen langen Ausführungen unserer Frage ausgewichen und hat diese nicht beantwortet.

Frage 3

Gemäss der Antwort zur dritten und letzten Frage betreffend Anreizsystem für die Öffentlichkeit bezeichnet der Stadtrat das seit 2014 in Dübendorf bestehende Programm zur Förderung von Photovoltaikanlagen (die sogenannte Energieberatung Dübendorf) als "bewährter Weg". Dazu vermissen wir jedoch konkrete Zahlen. Auch fallen im Erscheinungsbild der Stadt Dübendorf die gebauten Photovoltaikanlagen nicht ins Auge. Wir stellen deshalb diesen so genannten "bewährten Weg" in Frage.

Um dieses Thema weiter zu vertiefen, wäre die Analyse hilfreich: Warum sind Photovoltaikanlagen nur bei 14 der 50 Liegenschaften rentabel, respektive warum sind bei ganzen 36 Dächern Photovoltaikanlagen nicht rentabel? Wichtig wäre es, die Ursachen zu kennen und zu beheben, sinnvollerweise so, dass auch die Öffentlichkeit beim Bau von Photovoltaikanlagen profitieren kann, damit zeitnah möglichst viele Photovoltaikanlagen gebaut werden.

Fazit

Der Stadtrat bestätigt zwar das grosse Potential der Photovoltaik und dass diese in den Massnahmenplan Klima einfließen soll. Dies erfolgt jedoch viel zu spät und der auf das Jahr 2050 herausgeschobene Zeithorizont ist insbesondere auch unter dem Aspekt der aktuellen Klimasituation völlig ungenügend. Hier erwarten wir, dass der Stadtrat die Massnahmen des Berichts 2019 endlich einplant und prioritär umsetzt. Zwischenbemerkung: Ich sehe eine Parallele zwischen der Reaktion des Stadtrates auf die von ihm beauftragten Berichte mit seiner Reaktion auf diese dringliche Interpellation: Es wird viel geschrieben und wenig umgesetzt!

Wir finden, dass mindestens bei den 14 Liegenschaften, die sich dafür eignen, der Bau von Photovoltaikanlagen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden soll, sondern dass eine umgehende Planung für eine schnellstmögliche Realisation erfolgen muss.

Die SP wird einen entsprechenden Vorstoss einreichen und wir hoffen, dass er die Unterstützung einer Mehrheit in diesem Parlament findet.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Diskussion

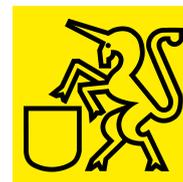
Oliver Kellner (GP)

„Wir danken dem Stadtrat für die Bearbeitung der Interpellation «Förderung und Erstellung von Photovoltaikanlagen». Die Grünen Dübendorf sind erfreut, dass der Stadtrat das grosse lokale Potential zur Stromproduktion sieht, das die Photovoltaik bietet. Weniger erfreut sind wir darüber, dass der Stadtrat nicht sehr konkret bei der Umsetzung wird. Da wird in der Zukunftsform geantwortet, dass beim Massnahmenplan Klima das Thema Photovoltaik behandelt wird; mit einem Zeithorizont bis 2050.

Es hat sich aber in der Vergangenheit gezeigt, dass zu langes Abwarten und Hinauszögern die Kosten explodieren lassen kann. Dass Photovoltaikanlagen rentabel sein können, hat der Verein Energie Zukunft Schweiz in seiner Analyse gezeigt. Heute sind 14 von 50 Immobilien der Stadt geeignet für Photovoltaikanlagen. Je schneller diese Potentiale genutzt werden, umso schneller werden wir ein wenig unabhängiger von fossiler Energie und Atomstrom.

Es ist uns bewusst, dass dies nur ein sehr kleiner Beitrag zur Energieversorgung ist. Aber: «Hüt en Rappe, morn en Rappe, git e schöni Zipfelchappe!»

Bei den restlichen 36 Dächern könnte der Stadtrat prüfen, ob eine Dachbegrünung möglich ist. Über die so neu entstehende Flora und Fauna freuen sich bestimmt Klein bis Gross! Wenn sie zum Beispiel seltene Vogelarten wiederentdecken oder die Sommerhitze ein wenig erträglicher wird.



Photovoltaik und Dachbegrünungen sind Investitionen für die nächste Generation. Darüber wird sie Freude haben. Für die Lösung der Atom-Endlager für radioaktive Abfälle werden zukünftige Generationen sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen. Diese Generationen werden sicher erfreut sein, wenn wir mit Photovoltaik-Anlagen einen alternativen Weg bereits beschritten haben werden.“

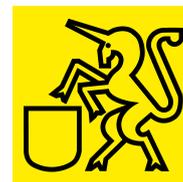
Orlando Wyss (SVP/EDU)

„Die Beantwortung dieser dringlichen Interpellation hat der Stadtrat Dübendorf nach Meinung der SVP gut vorgenommen und die Antworten pragmatisch dargelegt. Auch die SVP befürwortet, dass dort, wo Photovoltaikanlagen aus ökologischer und ökonomischer Sicht Sinn machen, solche auf städtischen Liegenschaften umgesetzt werden. Doch gibt es aus unserer Sicht zu diesem Thema doch noch Grundlegendes dazu zu sagen. Susanne Schweizer suggeriert in ihrer Interpellation, dass die die Photovoltaik das Allheilmittel der sogenannten Energiestrategie 2050 des Bundes darstellt. Etwas müssen wir hier klar festhalten. Photovoltaik wird nicht das Allheilmittel sein, um in Zukunft unsere Stromversorgung in dieser Energiestrategie sicherzustellen. Dazu fehlt die zuverlässige Bandbreite und auch die mengenmässige Verfügbarkeit wird nie ausreichen. Vor zwei Wochen erhielten wir die Antwort des Regierungsrates auf eine Anfrage des SP-Kantonsrates Felix Hösch. Er fragte nach den Möglichkeiten in diesem Segment der Energiebeschaffung auf dem Kantonsgebiet. Die Antwort fiel von der Baudirektion unter dem Grünen Regierungsrat Martin Neukom, und somit parteipolitisch für linksgrüne Ohren völlig unbedenklich, folgendermassen aus. Zitat: «Gestützt auf die letzten Analysen könnten im Kanton Zürich mit PV auf Dächern und an Fassaden rund drei Terrawattstunden pro Jahr erzeugt werden, was nicht ganz einem Drittel des heutigen Stromverbrauchs entspricht.» Ende Zitat. Also im Klartext heisst dies, dass unter der theoretischen Ausnützung aller verfügbaren Flächen, Dächern wie Fassaden, nicht einmal ein Drittel des heutigen Stromverbrauchs erzeugt werden könnte, welcher in Zukunft noch ansteigen wird. Und Susanne Schweizer hat richtig dargelegt, dass die Photovoltaik der wichtigste Pfeiler der neuen erneuerbaren Energien darstellen, welche nach dem Wegfall der Kernenergie diese Energiestrategie 2050 des Bundes beinhalten. Windkraft, Biomasse und andere Techniken sind hier vernachlässigbar. Dies zeigt die Verantwortungslosigkeit dieser Energiestrategie auf, welche uns nach Konsultationen von Doris Leuthard bei deutschen Politikern 2011 aufdoktriert worden ist. Wir haben das Glück, dass der Ausstieg aus der Kernenergie in der Schweiz über einen längeren Zeitrahmen als in Deutschland beschlossen worden ist. Deutschland soll in nächster Zeit die Kernkraftwerke abschalten. Doch ich gehe davon aus, dass dies nicht geschehen wird, da dort auch die Alternativen fehlen. Sogar dann nicht, wenn im Herbst die Grünen an der Regierung beteiligt sein werden. Auf der ganzen Welt, sogar in Japan, ist die Kernenergie der Beitrag an die klimaneutrale Energieversorgung. Sogar der bei Klimahysterikern beliebte Bill Gates und sogar die Klimaheilige Greta Thunberg aus Schweden befürworten die Kernenergie als Lösung der herbeigeredeten Klimakatastrophe. Allerdings musste die heilige Grata ihre Aussagen aufgrund ihres gut funktionierenden Managements wieder zurücknehmen. Ich bin auch positiv gestimmt, dass in der Schweiz in Sachen Kernenergie ein Umdenken stattfinden wird, weil sonst bei uns Blackouts zur Gewohnheit werden würden. Unserer EKZ muss man ein Kränzchen winden, weil sie mit innovativen Lösungen versucht zu verhindern, dass durch erhöhte Elektromobilität und vermehrtem Ausstieg aus fossilen Gebäudeheizungen es nicht zum schädigenden Spitzenverbrauch kommen kann. Ich bin froh, dass sich unser Stadtrat nicht von der panikartig hochstilisierten Klimakatastrophe beeinflussen lässt und das Thema seriös und auch mit der notwendigen Sachlichkeit pragmatisch angeht. In diesem Sinn sind wir mit der Antwort auf diese dringliche Interpellation zufrieden und unterstützen den Stadtrat in seiner Energiepolitik für Dübendorf, welche auch im Hinblick auf die finanzielle Lage unserer Stadt die Richtige ist.“

Stefanie Huber (glp/GEU)

„Man schreibt das Jahr 2021. Alle Schweizer Gemeinden intensivieren die Unterstützung für Photovoltaik. Alle? Nein, eine nicht.“

Ganz so drastisch wie bei Asterix und Obelix ist es nicht, wir sind schweizweit gesehen nicht Schlusslicht. Aber verglichen mit unserem Potential und unseren finanziellen Möglichkeiten, Rechnungsab-



schluss 2020 hin oder her, gehören wir bei der Förderung und Anwendung der Solarenergie nicht zu den Vorreiterinnen. Das Energiestadt Gold-Label haben wir ja auch noch nicht, auch wenn wir mit über 70% passabel abgeschlossen haben.

In den letzten Jahren haben wir im Parlament häufiger ökologische Anliegen unterstützt als in allen Jahren vorher, und ich sitze auch schon seit 2006 in diesem Parlament. Der SR hat sogar den Auftrag gefasst, einen Massnahmenplan Klima auszuarbeiten, dessen Erarbeitung wir mit der ZKB-Dividende sogar hoffentlich dieses Jahr starten. Ein Hinweis: Die Stadt verfügt über eine Energieplanung, die einige gute Punkte erhält. Hingegen braucht es für den erneuerbaren Strom eine Gesamtplanung, die sich aber gut in den Massnahmenplan Klima integrieren lässt.

Die Antwort auf die Interpellation von Susanne Schweizer, so skeptisch wir dieser am Anfang gegenüberstanden, hat hingegen deutlich gemacht, dass der Bereich Solarenergie zusätzlich separate Aufmerksamkeit verdient. Dübendorf macht seine Hausaufgaben, wie sie eine Energiestadt machen muss, aber die Dringlichkeit des Klimaschutzes spricht noch nicht aus den getroffenen Massnahmen.

Ein paar Kommentare von unserer Seite:

PV auf eigenen Liegenschaften: Die Stadt kennt aus einer Studie heraus die Situation bezüglich PV-Anlagen auf den eigenen Liegenschaften, inkl. des Finanzvermögens. Sie müssten sich aber rentabel betreiben lassen. Wurde denn einmal eine Partnerschaft mit einem innovativen Partner gesucht? Die Glattwerk AG tut sicher einiges, aber als innovativ und als Vorreiterin bei der Solarenergie haben wir sie leider noch nie wahrnehmen dürfen. Stichworte sind hier Energiecontracting, Fassaden-Solaranlagen oder Zusammenschluss zum Eigenverbrauch.

Unterstützung privater Bauherrschaften: Es ist Basisarbeit, über eine Broschüre zur Energieberatung zu verfügen und bei Anfragen auf die Angebote zu verweisen, die Reduktion der Baubewilligungsgebühr ist ein Anreiz. Aber es sollte sich auch in Dübendorf herumgesprochen haben, dass das alleine nicht reicht, zumal immer wieder beklagt wird, dass die Stadt Dübendorf in der Bauherrenbegleitung noch Potential zur Nachhaltigkeit aufweist. Die Stadt ist aufgefordert, Best Practice von anderen Gemeinden zu übernehmen, bspw. aus den Netzwerken von glow oder Energiestadt.

Der Stadtrat hat die Energiekommission bisher nie mit externen Personen bestücken wollen – es mag manchmal mühsam sein, wenn mehr Leute mitreden, sie hätten aber vielleicht auch gute Ideen und würden gerade im Bereich Aussenwirkung und erneuerbare Energien etwas bewegen können.

Mit Blick auf die vorhergehenden Traktanden noch ein Hinweis für die Leistungsüberprüfung: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind Themen, die uns in den nächsten Jahren nur immer stärker prägen werden, auch hier im Rat. Damit eben für solche Planungen und Massnahmen Geld und Kapazität vorhanden ist, braucht es eine Leistungsüberprüfung. Auch in den für die Umwelt wichtigen Bereichen müssen die internen Abläufe und die seit langer Zeit (gleich) ausgeführten Aufgaben kritisch überprüft werden, damit sich die Mitarbeitenden den dringenden und wichtigen Aufgaben widmen können.

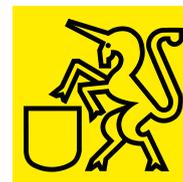
Sie hören, wir anerkennen, dass die Stadt bereits etwas macht, erwarten aber mehr. Dass die Verwaltung auch in diesem Thema sicher genügend ausgelastet ist, glauben wir gerne. Eine grosse Chance sehen wir hier in der Zusammenarbeit mit innovativen und zukunftsgerichteten Partnern, in Dübendorf und darüber hinaus.

Wir sind gerne bereit, hier mit der SP mitzuarbeiten für eine Weiterführung der heutigen Diskussion.“

Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Orlando Wyss sagte vorhin zurecht, dass ein Drittel, welches mit Solarenergie produziert werden könnte, nicht ausreicht. Diesbezüglich muss ich ihn jedoch fragen, wie viel Erdölquellen er im Kanton Zürich sieht, wieviel Uranerz abgebaut wird und wie viele grosse Stauseen wir im Kanton Zürich haben.“

Das Geschäft 106/2020 ist damit abschliessend behandelt.



8. Interpellation Julian Croci (GP) und 6 Mitunterzeichnende bezüglich Auftragsvergaben an Firmen mit Beteiligung einer Stadträtin oder eines Stadtrates / Beantwortung GR Geschäft Nr. 100/2020

Stellungnahme Interpellant Julian Croci (GP)

„Um ehrlich zu sein, geschätzter Stadtrat, ich finde diese Antwort ein bisschen schwach. Auch wenn sie faktisch korrekt ist, ist es schade, dass der Stadtrat nicht transparenter kommuniziert. Die Menge an Mails, Telefonanrufen und Briefen, die mich in den letzten Monaten erreicht haben, zeigt, dass der Umgang mit Auftragsvergaben und damit auch zu guter Letzt unseren Steuergeldern ein wichtiges Thema für Dübendorfer*innen ist.

Aus der Antwort auf Patrick Walders Frage in der letzten Fragestunde geht hervor, dass es durchaus bereits vorgekommen ist, dass Firmen, die eine Verbindung zu einer Stadträtin oder einem Stadtrat haben bei Auftragsvergaben berücksichtigt wurden.

Das ist prinzipiell kein Problem, allerdings wäre es angebracht, dies transparent zu kommunizieren. Die Gewerbefreiheit gilt für Stadträte wie für alle anderen, allerdings haben wir auch die Marktwirtschaft, die bedingt, dass das beste Angebot das Rennen macht, nicht jene Firma, welche am nächsten beim Stadtrat ist. Hier ergibt sich Konfliktpotential, welches sich nur durch maximale Transparenz entschärfen lässt. Bis jetzt haben wir davon leider nicht sehr viel gesehen.“

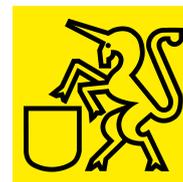
Stellungnahme Stadtrat

Keine

Diskussion

Lukas Schanz (SVP/EDU)

„Unser Stadtrat ist wie wir ein Milizgremium. In einem Milizgremium ist es so, dass man neben der Miliztätigkeit auch noch einer anderen Tätigkeit resp. Beruf nachgeht. So arbeitet beispielsweise unser Tiefbauvorstand bei einem grossen Baukonzern, der Hochbauvorstand bei der Federas, welche auch Gutachten für die Stadt Dübendorf macht. Primarschulpräsidentin ist auch Präsidentin vom Verein Startbahn 29, welcher im Innovationspark tätig ist. Der Finanzvorstand amtiert auch als Stiftungspräsident von Greencross Schweiz. Es zeichnet ein Milizgremium aus, dass so Wissen und Erfahrungen aus der Privatwirtschaft in die politischen Entscheidungen einfließen können. Dabei kann es auch dazu kommen, dass es Überschneidungen gibt zwischen der beruflichen und politischen Tätigkeit. Genau dafür haben wir gesetzliche Bestimmungen im Verwaltungsrechtspflegegesetz. Auch uns von der SVP/EDU Fraktion ist es wichtig, dass sich keine Behördenmitglieder persönlich bereichern. Darum ist es auch wichtig, dass falls es einmal zu Überschneidungen kommt, entsprechende Stadträte / Gemeinderäte in Ausstand treten und so das Submissionsverfahren korrekt ausgeführt werden kann. Dass die Interpellanten über die Antwort des Stadtrates enttäuscht sind, überrascht mich. Man sollte froh sein, dass der Stadtrat offenbar keine Aufträge an Firmen vergeben hat, wo Mitglieder zeichnungsberechtigt sind. Das klingt, als ob man sich gewünscht hätte, eine Antwort zu bekommen, nur um danach wieder gegen den Stadtrat zu schießen. Wenn man sich wundert, dass die Antwort anders ausgefallen ist, als jene auf Gemeinderat Walder, dann ist es eventuell so, weil auch eine andere Frage gestellt wurde. Es wurde explizit nach Aufträgen an Firmen, bei welchen Stadträte zeichnungsberechtigt sind, gefragt. Ein Blick ins Handelsregister hätte gezeigt, dass nur wenige Stadträte eine Zeichnungsberechtigung haben. Weiter wird man den Verdacht nicht los, dass die Interpellanten immer noch nicht verstanden haben, was der Unterschied zwischen einer wirtschaftlichen Berechtigung und einer Zeichnungsberechtigung ist. Man muss nicht über eine Antwort enttäuscht sein, wenn die Frage falsch oder schlecht gestellt wird. Dass die Interpellation nun noch einmal überarbeitet werden soll, verstehe ich nicht. Wahrscheinlich ist man auf der Suche nach Munition, um gegen den Stadtrat zu schießen. Wäre dies nicht der Fall, würde man sich konstruktiv einbringen mit Vor-



schlagen, wie verhindert werden kann, dass Aufträge nicht an Stadträte resp. Firmen mit Zeichnungsberechtigung vergeben werden. Auch wenn das meiner Meinung nach völlig unnötig ist, weil hierfür die gesetzlichen Vorschriften vorliegen. Und wenn eine Vermutung vorliegt, dass etwas nicht korrekt läuft, dann gibt es die Möglichkeit einer Anzeige.“

André Csillaghy (SP)

„Als in Kalifornien wohnte, lernte ich, dass eine öffentlich amtierende Person mit einer potentiellen Auftragsnehmerin nicht mal in dem gleichen Auto fahren darf. Aber wir sind nicht in Kalifornien. Der Stadtrat mit seiner äusserst knappen Antwort verpasst eine Chance, um sich über die potentiellen Interessenkonflikte in Sachen Auftragsvergabe zu äussern. Auch wenn das nicht explizit in der Frage enthalten war, war es implizit doch ganz klar. In die Diskussion nicht eintreten zu wollen, ist keine gute Strategie. Es war berechtigt, eine gewisse Proaktivität zu erwarten.

In einer gut funktionierenden Stadt wird es immer wieder vorkommen, dass Unternehmen und Politik verbunden sind. Das ist tolerierbar unter der Bedingung, dass die Regeln bekannt sind und respektiert werden und darüber hinaus volle Transparenz über Prozesse und Wettbewerbsmöglichkeiten herrscht, wenn ein potentieller Interessenkonflikt entsteht. Das ist im Moment nicht der Fall. Die aktuelle Situation bleibt nebelig, und das ist kontraproduktiv.“

Das Geschäft 100/2020 ist damit abschliessend behandelt.

9. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2020/2021

GR-Präsidentin Flavia Sutter (GP)

„Es sind acht Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Reihenfolge der Einreichung. Eine Diskussion findet nicht statt, doch kann die oder der Fragestellende oder ein anderes Ratsmitglied eine ergänzende Frage stellen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Begründung zu den Fragen möglichst kurz zu halten ist.“

1. Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP): Gefährliche Verkehrssituation durch Schulbusse vor dem Kindergarten Grünen

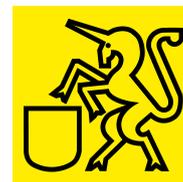
„Jeden Tag zeigt sich vor dem Kindergarten Grünen das gleiche Bild. Kurz nach 11:30 Uhr fahren Schulbusse auf, die im Auftrag der Primarschule unterwegs sind, um Kindergartenschüler abzuholen. Leider verhalten sich die Fahrer grob gesetzeswidrig und verkehrgefährdend. Sie parkieren unmittelbar vor dem Fussgängerstreifen und verletzen so nicht nur mutwillig das Gesetz, sondern gefährden fahrlässig Kindergartenschüler und andere Fussgänger, welche vom Kindergarten herkommend die Strasse queren wollen, in ihrer Verkehrssicherheit.

Natürlich ist die Verkehrs- und Parkiersituation direkt vor dem Kindergarten Grünen nicht ideal. Aber direkt vor dem Fussgängerübergang zu parkieren ist nach meiner Meinung die schlechteste aller denkbaren Varianten. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit den Friedhof-Parkplatz, der in unmittelbarer Nähe ist, zu benutzen. Die aktuelle Situation ist unhaltbar - auch weil die Fahrzeuge im Auftrag der Primarschule unterwegs sind. Daher richtet sich die Frage auch an die Schulpflege und nicht an die Sicherheitsabteilung.“

Fragen

Was gedenkt die Primarschulpflege zu unternehmen, dass sich ihre Unternehmer...

1. Gesetzes konform verhalten und
2. Die Verkehrssicherheit der Kindergartenschüler und anderen Fussgängern nicht unnötig gefährden?
3. Zudem stellt sich die Frage wie die Fahrer bzw. die Unternehmen sanktioniert werden, wenn sie sich nicht an die Vorschriften halten.



Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

„Die Parksituation beim Kindergarten Grützen ist schwierig, sie sehen es ist eng. Sie sehen auf der Folie den mit der Sicherheitsabteilung und Polizei abgemachten Plan. Rot markiert ist der Abstellplatz. Momentan ist die Situation so, dass wir zu viele Kindergartenkinder haben und darum zwei Fahrzeuge im Einsatz sind, welche am gleichen Ort halten. Das graue Auto auf dem Bild ist nicht von der Primarschule. Der Plan wurde besprochen und so abgemacht. Die KindergärtnerInnen sind auch angehalten, ein Fehlverhalten der Polizei zu melden. Bei solchem Verhalten gibt es Bussen für die Fahrer. Anfangs Schuljahr hatten wir solche Situationen. Die Pläne wurden daraufhin nochmals jedem Fahrer persönlich überreicht. Die Stadtpolizei patrouillierte dort regelmässig. Ich kläre gerne mit der Sicherheitsabteilung ab, ob eine andere Variante nun möglich ist. Das Problem ist ab dem Sommer insofern gelöst, weil dann nur noch ein Fahrzeug im Einsatz sein wird.“

Nachträglich per E-Mail eingereichte Ergänzung von Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU):

„Das graue Auto auf dem Bild war doch auch für die Primarschule im Einsatz. Die betreffende Schulbusfahrerin hatte als später zum Team dazu gestossene FahrerIn, die Informationen bezüglich Parkierung nicht erhalten. Sie wurde nun umgehend durch die Schulverwaltung entsprechend informiert.“

2. Urs Menet (SP): Neue Sammlung von Plastik-Wertstoffen

„Anfang März 2021 konnten die Haushalte in Dübendorf, gratis einen Sammel-Sack für Plastik-Wertstoffe bei der Hauptsammelstelle erhalten. Leider kann man diesen auch wieder nur in der Hauptsammelstelle abgeben. Da es unsinnig ist, dass jede Dübendorferin und jeder Dübendorfer diesen Sammelsack individuell an die Hauptsammelstelle transportiert die Frage der SP-Fraktion:“

Frage

Sind für die Rückgabe der Plastik-Wertstoffe künftig noch weitere Abgabemöglichkeiten, beispielsweise via Öki-Bus oder das Einsammeln durch die Kehrrichtabfuhr – analog der Kartonsammlung geplant?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

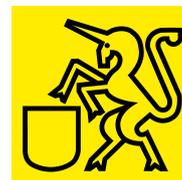
„Etwas Kurzes zum Pilotprojekt: Der Stadtrat hat einen dreijährigen Pilotversuch bewilligt, warum drei Jahre? Damit zwei Jahre Erfahrungen gesammelt werden können. Zum Beispiel:

Wie nimmt Bevölkerung das an? Wie sehen die Zahlen und Fakten nach zwei Jahren aus? Entstehen Sortieranlagen in der Schweiz? Wie können wir rechtlich die Angebote sauber ausschreiben und bewerten?

Ich gehe nun auf die Frage ein. Ich möchte festhalten, dass wir bis heute auch Hohlkörper, welche bisher gesammelt wurden, nur an der Sammelstelle abgeben konnten. Wir überprüfen jedoch, trotz Kapazitätsengpässen, dass der Öki-Bus eventuell mit Unterstützung eines Springer-Busses diese einsammeln kann. Das Einsammeln durch die Kehrrichtabfuhr sehen wir im Moment nicht. Weil es einerseits zu teuer ist und andererseits wegen der Masse, welche noch fehlt. Zurzeit sind wir bei 12% welche sammelt. Zum Schluss möchte ich festhalten, dass beim Pilotversuch stufenweise und gemäss Bedürfnissen gehandelt wird.“

Ivo Hasler (SP)

„Ich denke es ist wichtig, dass bei der Studie, welche über diese Jahre gemacht wird, auch der Rücklauf des Plastiks berücksichtigt wird. Es entspricht ja nicht demselben Ergebnis, wie wenn der Weg bequemer wäre. Davon soll nicht abgeleitet werden, dass es gar kein Bedürfnis gibt. Wenn beispielsweise jemand von Gockhausen das nicht macht, weil es zu mühsam ist. Ich fände es wichtig, dass dies abgebildet wird.“



Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Grundsätzlich wird nach zwei Jahren alles ausgewertet. Auch die Transportwege, alles wird berücksichtigt.“

3. Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP): Abfallgebührensäcke für Plastik

„Vor etwa fünf Monaten war man bei der Stadt noch der Meinung, dass sich die Kunststoff-Abfallentsorgung ökonomisch und ökologisch nicht lohne.

Jetzt erhalten wir bereits die Nachricht, dass gebührenpflichtige Abfallsäcke eingeführt werden. In dieser kurzen Zeit wurde also ein Gebührenreglement erstellt und der Kunststoffabfall wird nicht in der Schweiz, sondern in Süddeutschland entsorgt.“

Fragen

1. Welche ökonomischen und ökologischen Gründe haben sich in fünf Monaten verändert? Eigentlich müsste sich der Aufwand ja jetzt reduzieren, da der Kunststoffabfall gleich hinter der Grenze abgeliefert werden kann?
2. Sind noch keine lizenzierten Entsorger in der Schweiz vorhanden und hat der süddeutsche Entsorger eine solche Lizenz?
3. Ist nicht zu befürchten, dass die Einführung der gebührenpflichtigen Säcke dazu führt, dass Plastikhohlkörper wieder vermehrt im Haushaltabfall landen und der Umweltgedanke damit aufgrund einer Gebühr verloren geht?
4. Hat der Gemeinderat die Möglichkeit, nach einem Jahr eine Vergleichsstatistik (vor und nach Gebühreneinführung) zu den entsorgten Mengen zu erhalten?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Zu 1: Der Stofffluss ist in den fünf Monaten nachvollziehbarer geworden. Transportwege sind klar definiert und geregelt worden. Der Kanton hat Rahmenvereinbarungen getroffen. Das hat sich entscheidend geändert gegenüber vorher. Das war auch der Grund für uns, diesen Schritt zu machen. Genau die Wege China, Malaysia etc. wollten wir nicht, weshalb wir uns zuerst davor gesträubt hatten.“

Zu 2: Das Werk in Rheinfelden sortiert und erstellt Recyclinggranulat. Der Sack ist zu 50% Recyclinggranulat. Der Rest ist Abfall. Nach der Abfallverordnung des Kantons Zürich muss der Abfall wieder zurück in die Schweiz. Deshalb nutzen wir hierfür Synergien mit anderen Gemeinden. Der Entsorger und das Werk sind lizenziert und mussten auch mit dem Kanton eine Vereinbarung treffen.

Zu 3: Die Hohlkörper müssen nicht im Abfall landen, sie können weiterhin beim Detailhandel oder in unseren Säcken entgegengenommen werden. Wegen den Gebühren glauben wir nicht, dass der Umweltgedanke verloren geht.

Zu 4: Gemäss Vereinbarung bekommen wir jedes Jahr eine Statistik. Diese legen wir gerne offen, auch dem Gemeinderat, wenn er dies wünscht. Es ist auch für uns eine Auswertung und Grundlage für das weitere Vorgehen. In zwei Jahren muss der Stadtrat den Entscheid fällen, ob damit fortgefahren wird oder nicht.“

Burkhard Huber (glp/GEU)

„Ich habe eine ergänzende Frage, welche die Fragen zwei und drei betrifft, sowie auch die Leistungsüberprüfung. Es wurde gesagt, dass es sich um ein Pilotprojekt von drei Jahren handelt und dies nun vorerst zwei Jahre läuft. Ihr habt eine Statistik. Ich möchte gerne wissen, wo kann man bei der Stadt Fragen/Kommentare/Input deponieren, welche dann mitverwendet werden können für die Auswertung. Weil die Leistungsüberprüfung sollte ja nicht nur von denen ausgehen, welche die Leistung erbringen, sondern auch von denen, welche sie in Anspruch nehmen. Da wäre es wichtig zu wissen, was die Leute denken.“



Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Diesen Punkt nehmen wir gerne auf. Ich kann mir eine Umfrage oder einen Flyer vorstellen. Wir sind nun dreieinhalb Wochen im Pilotprojekt drin und müssen schauen, wie wir mit dem Ganzen zurecht kommen. Wir werden uns sicher noch mit solchen Fragen beschäftigen.“

4. Julian Croci (GP): PubliBike Standort Gockhausen und im Gfenn

„Langsam, aber sicher hat sich PubliBike in Dübendorf etabliert. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene benutzen den Service, insbesondere auch, wenn kein ÖV mehr fährt. Leider gibt es weder in Gockhausen noch im Gfenn PubliBike Stationen.“

Fragen

1. Plant der Stadtrat eine PubliBike-Station in Gockhausen oder könnte sich das vorstellen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Plant der Stadtrat eine PubliBike-Station im Gfenn oder könnte sich das vorstellen?
4. Wenn nein, warum nicht?

Stadtpräsident André Ingold (SVP)

„Beim Bikesharing-System Glattal handelt es sich um eine Erweiterung des Netzes "Züri Velo", welches PubliBike im Auftrag der Stadt Zürich betreibt. Die Zürcher Stationen in den Quartieren Oerlikon, Seebach und Schwamendingen bilden die Grundlage für die Erweiterung im Glattal und ermöglichen ein lückenloses Netz zwischen den Städten Dübendorf, Wallisellen, Opfikon und Kloten, welche geographisch nicht direkt aneinander angrenzen.

Für die PubliBikes besteht ein laufender Vertrag, der mit Wallisellen, Kloten und Opfikon-Glattbrugg gemeinsam ausgehandelt wurde und an den Vertrag der Stadt Zürich anknüpft. Dieser Vertrag konnte für Dübendorf relativ vorteilhaft abgeschlossen werden, weil sich die Gemeinden auf eine vertretbare Anzahl Stationen beschränkt haben und weil die Stationen an Orten mit einem gewissen Potenzial im Einzugsgebiet beschränkt haben (Flughafen, Glattzentrum, Bahnhof Dübendorf etc.).

Grundsätzlich könnte das Netz sicher erweitert werden, die Stationen im Gockhausen und Gfenn wären, wegen dem beschränkten Fahrgastpotenzial, nicht zu den selben Konditionen erhältlich.

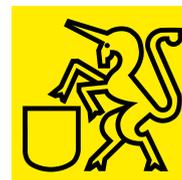
Bei der Einführung wurde u.a. eine Station in Gockhausen, Kunsteisbahn aufgrund der teilweisen eingeschränkten ÖV-Anbindung geprüft: Aufgrund der Beurteilung von PubliBike, dass das eingeschätzte Potenzial zu klein sei, jedoch nicht weiterverfolgt.

Der Verkehrsausschuss wird aufgrund der aktuellen Frequenzen 2020 die Situation ansehen und prüfen ob ein Ausbau möglich und sinnvoll ist. Persönlich gehe ich davon aus, dass nach wie vor kein Potenzial besteht.“

5. Reto Heeb (BDP/CVP/EVP): Wallisellenstrasse 33-41

„Was unterscheidet die Stadt Dübendorf von Metropolen wie Paris oder Berlin?

Der Unterschied liegt darin, dass in den Städten Paris und Berlin tolle temporäre Kunstwerke des Verpackungskünstlers Christo bestaunt werden durften. Ganz anderes in Dübendorf. In Dübendorf wird an der Wallisellenstrasse 33-41 ebenfalls ein Bauwerk verkleidet. Nur ist das kein temporäres Kunstwerk, sondern unmotivierter Verkleidungen von Abmachungen, die anscheinend nicht eingehalten werden. Im privaten Gestaltungsplan war neben dem Neubau an der Unterdorfstrasse ebenfalls das Gebäude an der Wallisellenstrasse 33-41 ein integraler Bestandteil des Gestaltungsplanes. Im privaten Gestaltungsplan wurde eine Nutzungsübertragung an den Neubau an der Unterdorfstrasse festgehalten, weil gleichzeitig die Instandsetzung des Gebäudes an der Wallisellenstrasse definiert wurde. Zudem wurde festgehalten, dass parallel zum Baugesuch des Gebäudes an der Unter-



dorfstrasse ebenfalls ein Schutzvertrag für das Gebäude an der Wallisellenstrasse 33-41 erstellt wird.“

Fragen

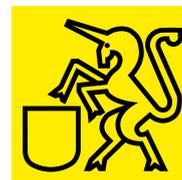
1. Welche Massnahmen hat der Stadtrat ergriffen, damit das Gebäude an der Wallisellenstrasse 33-41 mit den notwendigen denkmalpflegerischen Auflagen instandgesetzt wird?
2. Warum vergeht so viel Zeit nach der Fertigstellung und dem Bezug des Neubaus an der Unterdorfstrasse bis das Gebäude an der Wallisellenstrasse instandgesetzt wird? Und welche Fristen wurden im Gegenzug zur Nutzungsübertragung festgehalten?
3. Welche Massnahmen ganz im Allgemeinen ergreift der Stadtrat, damit Abmachungen in solcher Art und Weise eingehalten werden?

Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)

„Es sieht zwar sehr still aus, um diese Liegenschaft und sie ist etwas verumumt. Es läuft jedoch durchaus etwas. Es handelt sich bei der Liegenschaft Tulpenstrasse, wie wir sie nennen um eines der ältesten und komplexesten Objekte denen wir je begegnet sind. Das Gebäude hat mehrere Bauphasen, die über mehrere Jahrhunderte ganz verschachtelt gebaut wurden. Der externe Denkmalpflegerberater, der den Prozess begleitet, sagt, er habe noch sehr selten ein solch komplexes Projekt erlebt. Nach einer Bauprojektphase und Baubewilligung mit einem Schutzvertrag, der den Schutzzumfang beschreibt, folgt eine komplexe Bauphase. Nach ersten bereits erfolgten Rückbauten waren aufwändige Zustandsaufnahmen jedes einzelnen Balkens nötig; Sondagebohrungen, Dichtemessungen, Untersuchung Wurm- und Pilzbefall; dass benötigt viel Zeit. Die Bauherrschaft hat dies sehr minutiös und gewissenhaft vorgenommen, um möglichst viel alte Substanz zu erhalten, wo dies baustatisch möglich ist. Daraus abgeleitet steht nun fest, wo es weitere Rückbauten braucht. Es war auch eine Projektänderung nötig und es wird in Kürze zur Bewilligung eingereicht. Danach erfolgt der Gesamtbau und die vollständige Instandsetzung. Darum geht es so lange. Es ist überhaupt nicht still, es wird ganz viel daran gearbeitet. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Bauherrschaft funktioniert gut, wir werden über Projektfortschritte regelmässig informiert. Und warum es wie bei Christo aussieht? Oder eben auch nicht. Für den Schutz des Objekts und der Substanz im Winter und vor Besetzungen und Vandalismus, wurde es so schön eingepackt. Zur Frage, was wir allgemein für Massnahmen treffen. Es ist so, dass die Schutzmassnahmen (Schutzvertrag, Schutzverfügung) im Grundbuch eingetragen werden. Somit wird sichergestellt, dass ein Gebäude unabhängig von der Eigentümerschaft unter Schutz steht und ein neuer Eigentümer davon Kenntnis haben kann. Spekulationen mit Denkmalschutzobjekten sind so nicht möglich. Wo dies notwendig erscheint, werden Projektfortschritte auch miteinander gekoppelt (z.B. muss vor Bezug eines Neubaus ein bewilligungsfähiges Bauprojekt für das denkmalgeschützte Objekt vorliegen). Im Bedarfsfall können Sicherungsmassnahmen verfügt werden und im Zweifel auch Ersatzmassnahmen vorgenommen werden. Das bedeutet Sachen selber auf Kosten des Bauherrn machen. Jedoch ist die Denkmalschutz auch immer ein Dialog zwischen Eigentümer und der "Denkmalpflege", welcher auf beide Seiten auch ein gewisses Vertrauen und miteinander voraussetzt. Oder um es mit den Worten des obersten Zürcher Denkmalpflegers (Beat Eberschweiler, Leiter Denkmalpflege Kanton Zürich) auszudrücken: «Wir sind ein Partner und kein Gegner».“

6. André Csillaghy (SP): Umbau Memphis-Kreuzung

„Alle Fragestunden wieder. Die Memphis-Kreuzung – mit der kleinen Brücke an der Wallisellenstrasse – bleibt eine riesige Herausforderung für sämtliche Verkehrsteilnehmenden. Die Situation wird schlimmer, da jetzt immer mehr Fussgänger*innen und Velofahrer*innen den Weg entlang der Glatt nehmen, um sich von den neuen Quartieren ins Stadtzentrum zu begeben. Sie landen vor einer der gefährlichsten Stellen bei der Wallisellenstrasse, die nicht übersichtlich ist und wo auch kein Fussgängerstreifen besteht.“



Auch die Lichtsignale für Velos an der Kreuzung selbst sind eine Zumutung bezüglich Wartezeiten. Angesichts der Tatsache, dass diese Stelle einen wichtigen Anschluss an den neuen Stadtteil darstellt – auch für ältere Leute z.B. aus dem Tertianum – besteht dringender Handlungsbedarf. Letzte September haben wir erfahren, dass ein Lichtsignalprojekt beim Kanton zur Vorprüfung gewesen ist.“

Fragen

1. Wie steht es mit dem Projekt?
2. Gibt es einen Zeitplan für das Projekt?

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Es besteht Konsens mit der Kapo und dem Kanton, was die Lichtsignalanlage und Signaletik angeht. Wir stehen nun kurz vor der öffentlichen Planaufgabe nach Art. 13 vom Strassengesetz. Das Geschäft ist auf den 8. April im Stadtrat traktandiert. Nach 30-tägiger Frist wird dann die Festsetzung folgen nach Strassengesetz 16/17. Der Zeitplan legt ein sportliches Ziel fest. Wenn keine Einsprachen eingehen ist der Baubeginn Ende 2021 und Fertigstellung Anfangs 2022.“

7. André Csillaghy (SP): Verkehrsregelung Überlandstrasse / Ringstrasse

„Die Quartiere in Hochbord entwickeln sich weiter, der Giessenturm ist eingeweiht, es wohnen immer mehr Leute um die Achsen Ringstrasse / Überlandstrasse. Mehr Fussgänger*innen, mehr Velofahrer*innen. Die doppelspurige Überlandstrasse sowie einen Teil der Ringstrasse bleibt ein Dorn im Auge des neuen Stadtteils, sie zerschneidet es in Stücke, macht es sehr schwierig zu gestalten. Die dazugehörige Kreuzung ist eine der meistbefahrenen und gefährlichsten im Kanton. Tempo 60 wird von einem erheblichen Teil der Fahrer*innen als Tempo 70-80 interpretiert. Fussgängerampel bei der Kreuzung verlangen unzumutbare Geduld, die Kreuzung muss in 2 Schritten gekreuzt werden. Keine Voraussetzung für eine gute Entwicklung eines neuen Stadtquartiers. Wir wissen: kantonale Strassen sind in der Zuständigkeit des Kantons. Wir wissen auch: man kann auch mit dem Kanton sprechen. Es wurden vor ein paar Jahren Temporeduktionen versprochen, ich möchte gerne erfahren, wie es im Moment aussieht.“

Fragen

1. Ist die Stadt Dübendorf mit dem Kanton bezüglich der Verkehrsregelung auf der Überlandstrasse in Kontakt?
2. Wenn ja, wie oft?
3. Wann können wir ab der Autobahnausgang mit einer Temporeduktion von 60 auf 50 rechnen?
4. Die Regelung der Lichtsignalanlagen ist Sache des Kantons, aber setzt sich die Stadt ein, um eine quartiergerechte Regelung für die Fussgänger*innen und Velofahrer*innen zu erreichen?

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Zur Frage 1: Ja sind wir seit längerer Zeit. Es wurden schon viele Anträge gestellt. Frage 2: wie oft? Mindestens zweimal im Jahr findet ein Austausch zwischen ca. 15 Personen (Stadt Dübendorf und Kanton Zürich inkl. Kantonspolizei) statt. Die letzte Besprechung fand letzte Woche statt. Dabei wurde das Temporegime erneut besprochen. Es wurde vereinbart, dass der Verkehrsausschuss, welcher diese Woche tagt, wieder ein Brief betreffend Temporegime für Fussgänger und Velofahrer stellen wird. Zur Frage 3: Gemäss Kanton ist das momentan terminlich nicht fixierbar, wann von 60 auf 50 reduziert werden kann. Weil die Strasse immer noch vierspurig ist und keine Innerortsstrasse ist. Zur Frage 4: Die Stadt, respektive der Verkehrsausschuss, thematisiert jährlich die Forderungen und Wünsche von den Kontaktsitzungen. Auch letzte Woche wurde gesagt, dass man als Fussgänger bei diesem Lichtsignal fast verhungern muss. Das wurde beim Kanton deponiert und sie tun das möglichste, damit dies bald erhöht werden kann.“



André Csillaghy (SP)

„Wenn ich das richtig verstehe, wird diese Stelle nicht als Innerorts angesehen. Müsste man dort etwas unternehmen, sodass wir dies als Innerorts deklarieren könnten?“

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Ja, dies benötigt aber ein Umbau von der Strasse, damit es den Charakter einer Innerortsstrasse erhält. Die Strasse dürfte nicht mehr so breit sein und keine vier Spuren mehr haben.“

8. **Alexandra Freuler (SP): Dübi Shop, Neuweg 4, Öffnungszeiten**

„Seit ein paar Jahren gibt es den Dübi Shop am Neuweg 4, welcher auch am Sonntag offen hat. Dies ist möglich, weil es ein Familienbetrieb ist. Im Sommer 2020 ist es zu einem Pächterwechsel gekommen.“

Frage

Sind die neuen Pächter/Mieter auch ein reiner Familienbetrieb, denn der Dübi Shop hat auch heute noch am Sonntag offen?

Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„Der Dübi Shop wurde bereits mehrfach kontrolliert. Die letzten, wie auch die heutigen Eigentümer sind auf die Rechtsgrundlage aufmerksam gemacht worden. Sie haben darauf verwiesen, dass sie ein Familienbetrieb sind. Anlässlich von Kontrollen an Sonntagen ist meist der Eigentümer selber oder ein Angehöriger der Familie vor Ort gewesen. Aktuell läuft noch eine baurechtliche Prüfung betreffend Nutzung der Aussenparkplätze. Diese ist noch pendent.“

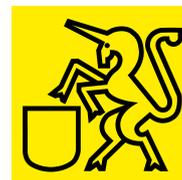
9. **Theo Johner (BDP/CVP/EVP): Volksinitiative "Alterswohnungen im Zentrum"**

„Im 2011 beschloss der Stadtrat, das städtische Grundstück Kat.-Nr. 16529, Schulhausstrasse / Turnhallenweg, Dübendorf zu verkaufen und einigte sich mit einem Käufer auf den zu bezahlenden Preis. Darauf folgten in 2012 ein Postulat für die «Realisierung von Alterswohnungen auf dem Areal Bahnhofstrasse 30 / Lindenhof II in Dübendorf», im März 2013 eine Ablehnung des Landverkaufs an der Urne und im März 2014 wurde schliesslich die Unterschriften zur Volksinitiative «Alterswohnungen im Zentrum» eingereicht. Im Mai 2014 bat der Stadtrat um einen Auftrag zur Erarbeitung einer Umsetzungsvorlage. Der Gemeinderat stimmte zu und genehmigte die so entstandene Umsetzungsvorlage im Februar 2016.

Mit dem Abliefern der Umsetzungsvorlage scheint sich nun aber die Energie des Stadtrates erschöpft zu haben. An der Fragestunde im Dezember 2016 hiess es: «Im nächsten Frühling/Sommer soll dann entschieden können, mit wem das Projekt weitergeführt werden soll.» Nachdem auch der Herbst ohne Neuigkeiten zum Thema ins Feld gezogen war, fragten wir am 6. November 2017 erneut nach. Die Antwort von Martin Bäumle lautete, man habe eine zusätzliche Runde einschalten müssen, «Das Ziel ist aber nach wie vor, noch dieses Jahr eine Vergabe zu machen.» Nun sind bereits wieder mehr als drei Jahre vergangen, seit der Stadtrat eine Vergabe in ein bis zwei Monaten versprochen hat, oder sieben Jahre seit der Einreichung der Volksinitiative.“

Frage

Wieviel Zeit gesteht sich der Stadtrat zur Umsetzung einer zustande gekommenen Volksinitiative zu, wieso wurde das Versprechen, in 2017 eine Vergabe zu machen, nicht eingehalten und was sind aktueller Stand und Zeitplan?



Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Eine berechtigte Frage. Kurzantwort wäre: 10 Jahre. Dann würde mir diese Frage nämlich 2024 das nächste Mal gestellt. Nein, Spass beiseite. Das Grundstück hat echte Irrungen und Wirrungen genommen. Es hat tatsächlich 2017 keine Vergabe mehr gegeben. 2018 standen diverse Hürden immer noch im Raum, sei es mit den Interessenten, mit den Nachbarn. Es fanden Gespräche statt. Es ging nicht wirklich voran. Man kann jetzt sagen, dass man dafür nicht die höchste Priorität eingeräumt hat. Im Zeitraum 2018, 2019 ist parallel etwas Neues entstanden. Die Schulraumplanung der Primarschule ist zum Schluss gekommen, dass wir mehr Schulhäuser und Schulraum benötigen und allenfalls Provisorien gebaut werden müssen. Es wurden provisorische Flächen gesucht. Und plötzlich kam gewissen Leuten die Idee, dass dort eine Fläche direkt neben einem Schulhaus frei liegt. Die Frage stand im Raum, ob dort auch eine Möglichkeit für ein Provisorium bestehe. Dies hat Abklärungen erfordert. In dieser Zeit blieb die Umsetzung stehen. Die Investoren waren praktisch schon weg und man hat an eine Neuausschreibung gedacht. Gemeinsam mit der Primarschulpflege wurde entschieden, dass momentan abgewartet wird. Solange der Eigenbedarf besteht aber noch nicht ganz geklärt ist, gibt es keine Umsetzung. Im Jahr 2020 wurde entschieden, es zu sistieren. Das Problem, welches der Stadtrat und der Finanzvorstand nun haben ist, dass wir eine Umsetzungsvorgabe von einer Volksinitiative haben und wir haben Eigenbedarf. Wie gehen wir langfristig damit um?

Wir werden irgendwann entscheiden müssen, ob der Eigenbedarf gross genug ist, um dies aufrechtzuerhalten. Dann werden wir ins Parlament kommen müssen, um die Umsetzungsvorlage aufzuheben. Es muss festgelegt werden, was Priorität hat. Wenn das Parlament entscheiden sollte, dass der Eigenbedarf nicht gewollt wird und die Umsetzung höhere Priorität hat, dann würde die Umsetzung mit einer Neuausschreibung erfolgen. Wenn das Parlament den Eigenbedarf anerkennen würde, müsste über eine Aufhebung entschieden werden. Das wird nicht heute oder morgen kommen. Momentan ist es sistiert, bis wir nähere Klärungen haben. Mein Fazit als Vertreter von denen, welche das Grundstück damals verkaufen wollten: Es war ein weiser Entscheid des Volkes, dieses Grundstück nicht zu verkaufen. Weil wir dieses nun gut gebrauchen können als Eigenbedarf für ein Schulraumprovisorium oder eine Schulraumerweiterung. Wenn es nicht gebraucht wird, wird wie erwähnt das Projekt zur Umsetzung der Volksinitiative wiederaufgenommen.“

Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Wenn ich das richtig zusammenfasse, hat der Stadtrat in Eigenkompetenz beschlossen, die Volksinitiative welche zu Stande kam, zu ignorieren, weil es im Moment andere Pläne gibt?“

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

„Man könnte sogar noch einen Schritt weitergehen. Die Primarschulpflege und der Stadtrat sind zur Übereinkunft gekommen diese Sistierung im Moment zuzulassen, so wie der Finanzvorstand darüber informiert hat und dies vorgeschlagen hat. Es gab nicht einmal ein formelles Stadtratsgeschäft darüber. De facto ist es eine abgesprochene Geschichte, bei der man gesagt hat, dass es der vernünftigste und pragmatischste Weg ist. Der Stadtrat ist verantwortlich für das, aber der Finanzvorstand trägt hauptsächlich die Verantwortung dafür, dass die Sistierung zu Stande kam.“

Schlussbestimmungen

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von überge-



ordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 26. April 2021 festlegen, ob die Gemeinderatssitzung vom 10. Mai 2021 stattfindet.

Damit ist die 21. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2018-2022 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Flavia Sutter
Gemeinderatspräsidentin

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler

Bruno Eggenberger
Stimmenzähler